

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(41. - öffentliche - Sitzung am 4. Dezember 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4777](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Landwirtschaftskammer Niedersachsen
- Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR (LabÜN)

Der Ausschuss kam überein, die Beratung des Gesetzentwurfs in seiner Sitzung am 12. Februar 2020 dann auf der Basis einer Vorlage des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes aufzunehmen.

2. **EU-Mercosur-Handelsabkommen stoppen: Regenwald, Klima und europäische Landwirtschaft schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4485](#)

Der Ausschuss ließ sich zu dem Antrag durch die Landesregierung unterrichten und führte darüber eine Aussprache.

Er verständigte sich darauf, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Für die Planung der Anhörung bat er die Landesregierung, sobald die Rechtstexte des Abkommens und die Zolllisten in deutscher Sprache vorliegen, um Mitteilung hierüber.

3. **Das Agrarpaket der Bundesregierung und die Verschärfung der Düngeverordnung stoppen - Niedersachsen muss sich unterstützend hinter seine Landwirte stellen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4830](#)

Der Ausschuss ließ sich zu dem Antrag durch die Landesregierung unterrichten und führte darüber eine Aussprache.

4. **Tierversuchsmaschinerie stoppen - Vorschriften und Genehmigungen verschärfen, unangekündigte Kontrollen durchführen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5017](#)

Der Ausschuss hatte bereits in seiner 39. Sitzung zu dem Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 18/4826 zu dem gleichen Thema beschlossen, eine Anhörung durchzuführen. Als Termin hierfür hatte er sich auf den 15. Januar 2020 verständigt.

Der Ausschuss bat die Fraktionen, der Landtagsverwaltung bis zum Ende der Woche den Kreis der Anzuhörenden mitzuteilen.

Außerhalb der Tagesordnung

Der Ausschuss verständigte sich darauf, seine für den 8. Januar 2020 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen.